

Ein gewisser Machtverlust muss in Kauf genommen werden

Die europäische Integration Liechtensteins ist erwünscht – trotz möglicher negativer Aspekte wie einer Machtverschiebung vom Landtag zur Regierung und weiter zur Verwaltung. Um sich einzubringen, fehlen dem Landtag auch die Mittel.

Von Richard Brunhart

Gamprin. – «Der Einfluss der EU auf die liechtensteinische Rechtsordnung ist substanziell.» So lautet eine der Schlussfolgerungen von Christian Frommelt, der gestern einige Ergebnisse einer politikwissenschaftlichen Arbeit am Liechtenstein Institut vorstellte. Rund 41 Prozent aller Rechtsakte, die der Landtag in den vergangenen Jahren verabschiedet hat, sei auf einen Impuls der EU über die liechtensteinische EWR-Mitgliedschaft zurückzuführen. Nur 33 Prozent seien nationalen Ursprungs. Weitere 17 Prozent gingen auf internationale und 9 Prozent auf schweizerische Impulse zurück. In Wahrheit sei der Schweizer Anteil höher einzuschätzen, da die aufgrund des Zollvertrags in Liechtenstein anwendbaren schweizerischen Gesetze vom Landtag nur zur Kenntnis genommen werden.

Relativ hoher Europäisierungsgrad

Im Vergleich zu den anderen EWR-beziehungsweise EU-Mitgliedsstaaten sei der Europäisierungsgrad in Liechtenstein hoch. Dies führt From-

melt auf die geringe Regulierungsdichte in Liechtenstein zurück – darauf, dass Liechtenstein insgesamt vergleichsweise wenig Gesetze verabschiedet. Das Land sei sich allerdings gewohnt, «Policy-Taker» zu sein, von anderen Ländern Gesetze zu übernehmen. Zudem zeigten Studien beispielsweise zum EWR/Efta-Staat Island und der Schweiz, dass sich die Rechtsordnungen innerhalb Europas auch in Bereichen angleichen, die gar nicht über den EWR beziehungsweise die bilateralen Verträge der Schweiz mit der EU geregelt sind.

Insgesamt Souveränität gewonnen

Die Vorteile des EWR überwiegen aber gemäss Frommelt. «Wir interpretieren den EWR – meiner Meinung nach zu Recht – immer noch als Souveränitätsgewinn», sagte Frommelt und verwies auf die Emanzipation von der Schweiz. Bezüglich der Transparenz sieht er bei den Rechtsakten der EU einen Vorteil gegenüber den aufgrund des Zollvertrags anzuwendenden schweizerischen Gesetzen, die im Landtag nicht diskutiert werden. Wie Roland Marxer, ehemaliger Leiter des Amts für Auswärtige Angelegenheiten, in der anschließenden Diskussion ausführte, wartet Liechtenstein manchmal geradezu darauf, dass andere Länder Gesetze ausarbeiten, um sich dann auf diese stützen zu können.

Doch dass EU-Richtlinien – die vom Landtag nur noch in der einmal verabschiedeten Form akzeptiert oder abgelehnt werden können – einen so



Christian Frommelt: «Es findet eine «Entparlamentarisierung» im Sinne einer Stärkung der Exekutive gegenüber dem Landtag statt.»

Bild Elma Korac

hohen Anteil annehmen, kann doch zu denken geben. Insbesondere, da es für den Mikrostaat Liechtenstein politisch kaum denkbar wäre, eine EU-Richtlinie, die von so vielen Staaten in oft sehr langen Verhandlungen verabschiedet worden ist, abzulehnen, wie Christian Frommelt ausführte.

Die Bürokratie gewinnt Einfluss

Frommelt zieht aus seinen Analysen den Schluss, dass eine «Entparlamentarisierung» stattfindet, dass die Exekutive gegenüber dem Landtag gestärkt wird. Der Landtag habe sich häufiger mit Regelungen, die von der EU ausgehen, auseinanderzusetzen. Und diese könne zwar die Regie-

rung – wenn auch nur in beschränktem Masse – beeinflussen, der Landtag aber kaum, da die entsprechenden Gremien, in denen der Landtag vertreten ist, weniger Gewicht haben. Zudem sei eine «Bürokratisierung» festzustellen: Noch mehr als der Einfluss der Regierung steige die Bedeutung der Landesverwaltung, die in Institutionen der EU Einsitz nimmt.

Über die Kontrolle der Regierung könne sich der Landtag allenfalls noch einen gewissen Einfluss bewahren. Da der Landtag ein Veto einlegen könnte, müsste die Regierung die Auffassungen des Landtags berücksichtigen. Ein Demokratiedefizit ist auch innerhalb der EU ein Thema. Mittlerweile hätten

sich die Parlamente aber auch mehr Mitwirkungsrechte auf EU-Ebene erarbeitet.

Landtag informierte sich

Besonderes Interesse sollten die Ausführungen des Politikwissenschaftlers bei den Landtagsabgeordneten wecken. Mit Landtagspräsident Arthur Brunhart, Landtagsvizepräsidentin Renate Wohlwend und der stellvertretenden Abgeordneten Marion Kindle-Kühnis verfolgten auch einige Parlamentarier den Vortrag.

Wie Renate Wohlwend ausführte, liessen die Ergebnisse der Analyse keine andere Schlussfolgerungen als die des Referenten zu. «Es liegt in der Natur der Sache, dass durch die europäische Einbindung nationales Recht in den Hintergrund tritt», sagte die Landtagsvizepräsidentin. Und auch, dass die Position des Landtags bezüglich EWR-Rechtsakten eher schwach ist, musste sie einräumen. Wohlwend führte aus, sie habe bei ihrer Tätigkeit als Mitglied der EWR-Kommission festgestellt, dass eine Trennung zwischen Regierung und Landtag nicht wirklich bestehen könne. «Die Kommission ist vollständig abhängig von der Stabsstelle EWR», so Wohlwend. Der Landtag verfüge nicht über die Ressourcen, die nötigen Aufgaben selbst zu erledigen. Diesen Ausführungen schloss sich auch Arthur Brunhart an. «Wenn man diese europäische Integration mitmachen will, dann ist der Machtverlust der Parlamente ein Opfer, das man bringen muss», sagte der Landtagspräsident.